

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1928**

45 (22.2.1928)

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage.  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aus-träger frei ins Haus  
monatlich Goldmark 1.20  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr  
Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 465  
Postfach-Konto  
Karlsruhe Nr. 6803

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** Begr. 1839  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**  
Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise.**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und Zeitteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.  
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Bank-Konto:  
Bereitsbank Sinsheim  
c. G. m. b. H.

Nr. 45.

Mittwoch, den 22. Februar 1928.

89. Jahrgang

## Der Empfang des afghanischen Königspaares.

Weil-Reichshöhe, 22. Febr. Nachdem der König von Afghanistan im Lauf des gestrigen Tages in Mülhausen im Elsaß zum Besuch eines Verwandten weilte, traf er am gestern nachmittag wieder im Hotel „Schweizerhof“ in Basel ein und machte von hieraus noch eine kleinere Rundfahrt durch die Stadt. Punkt sieben Uhr bestieg das Königspaar und sein Gefolge verschiedene Automobile, um über die deutsche Grenzpoststelle Otterbach nach dem Grenzbahnhof bei Reichshöhe zu fahren, wo das Königspaar 7.20 Uhr begrüßt von der sehr zahlreich erschienenen Bevölkerung eintraf. Beim Eingang in die Empfangshalle des Bahnhofs begrüßte den König zunächst der ihm mit der deutschen Delegation entsandene afghanische Gesandte in Berlin, Achmed Ali Khan, um den König und die Königin mit dem ihm von der deutschen Regierung für den Aufenthalt in Deutschland attachierten früheren Reichsaußenminister Erzelenz von Rosen bekannt zu machen. Dann stellte der Gesandte dem König den Vertreter des Auswärtigen Amtes Herr von Nitzsch vor und seine Gemahlin, welche der Königin einen Strauß duftender Maiglöckchen überreichte. Weiter wurde der König bekannt gemacht mit General von Rehsch, dem Vertreter des Reichspräsidenten, und Oberst Schreiber als Vertreter des Reichswehrministers.  
Die Begleitung des Königspaares bestand aus zwanzig Personen, darunter die Schwester der Königin, die Schwester des Königs, ein Bruder der Königin als persönlicher Adjutant des Königs, der Präsident des Staatsrates, der Gouverneur von Kabul, der stellvertretende Außenminister, der früher in Berlin Gesandter war und unter den anwesenden Pressevertretern freundlich einige alte Bekannte begrüßte. Auch aus der afghanischen Kolonie in Berlin waren dem Herzog einige Mitglieder entgegengefahren.  
Im Empfangssaal, der noch mit Möbeln aus dem Schloß von Karlsruhe dekoriert war, hieß dann Erzelenz von Rosen in persischer Sprache den König mit folgenden Worten willkommen:

„Im Namen des Herrn Reichspräsidenten und der deutschen Reichsregierung heiße ich Eure Majestäten beim Besuchen deutschen Bodens als Gäste der deutschen Regierung herzlich willkommen. Der Wunsch der deutschen Regierung geht dahin, daß Eure Majestäten in Deutschland sich so heimlich fühlen mögen, daß das Gefühl, in der Fremde zu sein, bei Euren Majestäten schwinde. Die deutsche Regierung weiß, daß Eure Majestäten nicht zum Spaß, sondern zu ern-

sten Studien nach Deutschland kommen. Sie wird sich bemühen, alle Wünsche Eurer Majestäten nach Möglichkeit zu erfüllen. Möge der Aufenthalt Eurer Majestäten in Deutschland reichen Segen tragen zum Wohl der beiden Länder Afghanistan und Deutschland.“

Der König dankte auf persisch, indem er zunächst seine große Freude darüber zum Ausdruck brachte, daß er nun zum ersten Mal deutschen Boden betreten habe, und er dankte Erzelenz von Rosen herzlich für die ihm im Namen des Reichspräsidenten und der deutschen Regierung ausgesprochene Begrüßung. Er betonte, welche große Sympathie Afghanistan gegenüber Deutschland seit Jahren hege, die er als einen Ausdruck besonderen Vertrauens zwischen den beiden Ländern werte. Weiter brachte der König seine besondere Freude darüber zum Ausdruck, daß Erzelenz von Rosen als ein bekannter Orientalist und Kenner der persischen Sprache ihm den Willkommensgruß in dieser Sprache darbrachte. Mit großen Sympathien und herzlichem Gesichtsausdruck kam er nach Deutschland und überbringe dem deutschen Volke die Grüße des gesamten afghanischen Volkes.

Nach der Begrüßungsansprache wurden dem König auch die Herren aus dem oberbayerischen Grenzgebiet vorgestellt, welche mit der Vorbereitung des Empfanges beschäftigt waren, zunächst Landeskommissar Dr. Schwärz-Freiburg, Landrat Dr. Wintermantel-Vörrach und Bürgermeister Kraus-Weil. Der König unterhielt sich alsdann noch eine Weile mit dem afghanischen Gesandten in Berlin und Erzelenz von Rosen und bestieg dann, nachdem das ganze Bild noch auf die photographische Platte gekannt worden war, kurz vor acht Uhr den ihm von der deutschen Regierung zur Verfügung gestellten Sonderzug. Der Zug besteht aus vier Wägen 1. und 2. Klasse, dem Salonwagen des Reichspräsidenten, einem Speisewagen und zwei Gepäckwagen. Der König nahm vorn im Salonwagen Platz, der zu Ehren der Königin mit Teppichen ausgeschmückt war.

Dann folgten die Wartenanten der Königin, während die deutsche Delegation und die übrigen Herren des afghanischen Gefolges in den reitenden Wagen Platz nahmen. Vor dem Sonderzug bildete die Schyva die den Ordnungsdienst versehen hatte, Spalier. Punkt 8.20 Uhr setzte sich der Sonderzug in Bewegung, um über Karlsruhe, Frankfurt a. M., Fulda und Magdeburg heute früh 11.15 Uhr in Berlin einzutreffen. Kurz nach Abgang des Zuges begab sich der König in den Speisewagen, wo er mit den Herren der deutschen Delegation und seinem Gefolge die Abendmahlzeit einnahm.

## Zufriedenheit über die Freigabe.

Stimmen aus Hamburg und Berlin.

Die Annahme der Freigabevorlage durch den amerikanischen Senat hat naturgemäß gerade an der Wasserfront wegen der in Frage kommenden Interessen der deutschen Großreedereien lebhaft Befriedigung hervorgerufen, und zwar schon deshalb, weil der jahrelange, ungewisse Schwebestand nun beseitigt ist und die Reedereien jetzt mit Tatsachen rechnen können. Die Reederei, insbesondere die Hapag, der Norddeutsche Lloyd und die Bremer Hanfalmine, haben nach der Entscheidung des Senats von der limitierten Höchstsumme von 100 Millionen Dollar etwa 85 vom Hundert zu erwarten. Die übrigen 15 v. H. entfallen auf die Radio-Wireless-Gesellschaft und die Inhaber von Patenten für die Benutzung derselben.

Es würde nun die Höhe der Entschädigungssumme, die für die Reedereien herauskommt, abhängen von der Summe, die von der Entschädigungskommission festgesetzt wird. Davon sollen zunächst 50 v. H. ausgeglichen werden. Das bedeutet also ungefähr eine Summe von 42 Millionen Dollar, also rund 170 Millionen Mk. Die hiermit nach Deutschland hereinfließenden Summen bedeuten für die Reedereien, namentlich für Hapag und Lloyd, eine natürlich nicht zu unterschätzende Vermehrung des flüssigen Kapitals und damit eine Wertsteigerung der Aktien, soweit sie nicht schon von der Börse eskomptiert worden sind. Sowohl Lloyd wie Hapag werden sich in finanzieller Beziehung in Zukunft also bedeutend freier bewegen können und auch für ihr weiteres Schiffsbauprogramm alle Pläne, die sie bisher zurückstellen mußten, nach und nach erfüllen können. Im wesentlichen wird dieser hereinfließende Dollarstrom zur Abdeckung der bisher aufgenommenen Kredite dienen und im übrigen zur freien Verfügung für die Bauzwecke stehen, haben doch beide Reedereien diese Freigabesummen nur mit einer Mark zu Buch stehen; sie haben mit ihnen nicht gerechnet, was ja schon auch im Hinblick auf die vielfachen Verzögerungen der Freigabebill notwendig war. Wie sich die Entschädigungen auf die Reedereien verteilen, geht am besten aus einer Zusammenstellung der von den Amerikanern beschlagnahmten deutschen Schiffe hervor, für die von den Reedereien Entschädigungen angemeldet worden sind. Diese beschlagnahmte Tonnage betrug für Hapag 288 785 Bruttoregistertonnen (und zwar handelte es sich gerade hierbei um besonders hochwertige neue Schiffe, wie die „Vaterland“ und andere), Lloyd 233 958 Bruttoregistertonnen, Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa 22 631, Rolandlinie 9000, Argolinie 2400, Reedereigesellschaft von 1896 2500 (diese drei letztgenannten Gesellschaften gehören jetzt zum Lloydkongern), Rickmerslinie Hamburg 5000 Bruttoregistertonnen, Flensburger Dampfer 2700 Bruttoregistertonnen. Die Hapag hat also den größten Anteil, und zwar mit 50 Prozent der Gesamtansprüche. Selbstverständlich werden die Entschädigungssummen nicht allein nach der Quantität der Tonnage berechnet, sondern auch nach ihrer Qualität, die bei den einzelnen Reedereien je nach Alter und Wert der Dampfer ganz verschieden ausfällt. Wenn man auch in der letzten Zeit mit einer raschen Erledigung der Freigabeangelegenheit gerechnet hatte, so ergab sich doch bei einer Umfrage, daß in den Berliner Bankbüros infolge der

glatten Annahme der Bill allgemeine Befriedigung herrschte. Man sieht das Schicksal der Vorlage nunmehr als endgültig gesichert an und mißt den weiteren Beratungen lediglich formale Bedeutung zu. Besonders erfreut sind naturgemäß die Großbanken, denen für eigene Rechnung und auf Kundenkonten große Beträge bei der Auszahlung zufließen werden. Eine amtliche amerikanische Schätzung hatte vor längerem folgende Forderungen der einzelnen Großbanken berechnet: Deutsche Bank 18 Millionen Dollar, Berliner Handelsgesellschaft 7 Millionen Dollar, Disconto-Gesellschaft 3,5 Millionen Dollar, Dresdner Bank 3,4 Millionen Dollar, Darmstädter Bank 1,2 Millionen Dollar. Allerdings wird hierzu von deutscher Bankseite erklärt, daß diese Schätzungen meist zu hoch gewesen sind; außerdem hat sich die Endsumme durch bereits erfolgte Auszahlungen etwas vermindert. Immerhin werden nunmehr den Großbanken in jedem Falle Millionenbeträge ausgegahlt. Menschlich bedauerlich ist hierbei nur, daß die freigegebenen Beträge nur zum Teil zu ihren ursprünglichen Besitzern zurückkehren werden. So erklärt uns eine Großbank, daß von den privaten Vorkriegsbesitzern amerikanischer Guthaben nur noch etwa 20 Prozent am Leben sind, während die übrigen Konten infolge Erbgangs bereits ihren Inhaber gewechselt haben. Zu diesen Beträgen kommen die Guthabten, die den Industriefirmen ausgegahlt werden. Hier sind nach der gleichen Aufstellung (also mit der gleichen Einschränkung) vor allem folgende Millionenbeträge zu erwähnen: Stöhr Kammergarnspinnerei 5,5 Millionen Dollar, Robert Bosch 4,5 Millionen Dollar, S. O. Farbendruckerei 3,7 Millionen Dollar. Auch eine Reihe anderer Börsenpapiere ist indirekt an der Freigabe interessiert; so hat beispielsweise die chemische Fabrik Schering A. G., die sich überwiegend im Besitz der Oberhessischen Kohle befindet, eine Freigabeforderung angemeldet, die einen erheblichen Teil des 25 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals ausmacht. Die Unternehmen der Schiffahrtsgesellschaften sind dabei nicht berücksichtigt, da sie einer besonderen Behandlung unterliegen.

### Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für die mitteldeutsche Metallindustrie

Berlin, 22. Febr. In dem Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Schiedsprüche vom 18. Februar 1928 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

### Die Arbeitgeber zur Verbindlichkeitserklärung

Berlin, 22. Febr. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller teilt mit: Die Schiedsprüche im Arbeitsstreit der mitteldeutschen Metallindustrie sind gegen den Willen vieler Parteien von Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse von Amtswegen verbindlich erklärt worden. Die Arbeitgeberchaft wird selbstverständlich alle juristischen Konsequenzen aus der Verbindlichkeitserklärung ziehen und so-

weit das technisch möglich ist, die Arbeiter ohne Maßregelungen vorzunehmen, wieder einstellen. Da mehrfach von Gewerkschaftsseite und in der Arbeitnehmerspreche zum Ausdruck gekommen ist, daß möglicherweise der Kampf durch die Verbindlichkeitserklärung noch nicht beendet würde und insolge dessen damit zu rechnen ist, daß die Arbeit im mitteldeutschen Streikgebiet nicht oder nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen wird, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller beschlossen, den Aussperrungsstermin auf Mittwoch, den 29. Februar ds. Js. mit Arbeitschluss zu verschieben. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, zu diesem späteren Zeitpunkt die Aussperrung in Wirksamkeit zu setzen, so würde sie nicht die Bekämpfung der für verbindlich erklärten Sprüche, sondern lediglich die Abwehr der rechtswidrigen Fortsetzung des Kampfes durch die Arbeiter zum Ziel haben. Dabei wird aber ausdrücklich bemerkt, daß die Aufhebung der Aussperrung sofort erfolgen wird, sobald die Arbeiter zur Arbeit zurückgekehrt sind.

### Noch keine Stellungnahme der Arbeitnehmer

Halle, 22. Febr. Die die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt, liegen sich Voraussetzungen über die Konsequenzen der Verbindlichkeitserklärung der Berliner Schiedsprüche gestern noch nicht machen, da erst der Bericht der nach Berlin entsandenen Delegierten abgewartet werden müsse. Zur Verbindlichkeitserklärung wird erst heute vormittag in einer Bezirkskonferenz Stellung genommen werden. Gegenüber der Erklärung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Verbindlichkeitserklärung weist der Verband darauf hin, daß die Frage noch durchaus unstritten sei, ob eine Nichtwiederaufnahme der Arbeit als eine rechtswidrige Fortsetzung des Kampfes zu betrachten sei, da das Arbeitsverhältnis durch die Aussperrung unterbrochen sei und sämtlichen Arbeitnehmern die Papiere angehalten worden seien.

### Keine Aussperrung in Württemberg

Stuttgart, 22. Febr. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches für Mitteldeutschland durch den Reichsarbeitsminister hat für Württemberg zur Folge, daß die Metallindustrie ihre Aussperrungsmaßnahme, die Kündigung von 80 000 Arbeitern für den Mittwoch an diesem Tage zurückziehen wird, so daß damit die Aussperrung für Württemberg vermieden ist. Von Arbeitnehmersseite sind keinerlei Maßnahmen zu erwarten.

### Schiele beim Reichspräsidenten

Berlin, 22. Febr. Der Reichspräsident empfing gestern vormittag den Reichsernährungsminister Schiele.

### Großadmiral von Koeffer †

Kiel, 22. Febr. Großadmiral Hans von Koeffer ist gestern vormittag 10 Uhr im 84. Lebensjahre in Kiel gestorben. Großadmiral von Koeffer wurde am 29. April 1844 in Schwerin geboren und trat 1859 in die damalige preussische Marine ein. Im Jahre 1899 wurde er Generallinienkapitän der Marine und war von 1903 bis 1906 Flottenchef. Nachdem Koeffer 1900 vom König von Preußen in den erblichen Adelsstand erhoben worden war, wurde er im Jahre 1905 zum Großadmiral befördert und auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen. Seit 1908 war Koeffer Präsident des deutschen Flottenvereins.

### Erkrankung des Reichszanlers

Berlin, 22. Febr. Während der Empfangsfeierlichkeiten für den afghanischen König Aman Ullah wird Vizekanzler Hergt die Reichsregierung vertreten, da der Reichszkanzler immer noch bettlägerig ist. Es ist auch kaum anzunehmen, daß er die Regierungserklärung im Reichstag am Montag abgeben kann. Der Reichszkanzler wird noch einige Tage das Bett hüten und sich dann einer Kur unterziehen müssen.

### Der deutsche Außenhandel im Januar

Berlin, 22. Febr. Der deutsche Außenhandel zeigte im Januar ds. Js. im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuss von 508 Millionen Reichsmark gegenüber 304 Millionen Reichsmark im Vormonat. Im einzelnen betragen die Ziffern (in Tausendmark gerechnet) im reinen Warenverkehr: Die Einfuhr im Januar 1 370 029, im Dezember 1 257 046, die Ausfuhr im reinen Warenverkehr im Januar 362 117, im Dezember 938 027. Einschließlich Gold und Silber betragen die Ziffern: die Einfuhr im Januar 1 375 779, im Dezember 1 265 885, die Ausfuhr einschließlich Gold und Silber im Januar 864 360 und im Dezember 954 737.

### In wenigen Worten

Im Lohnstreit der mitteldeutschen Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Schiedsprüche vom 18. Februar 1928 im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

Der Reichspräsident empfing gestern den Reichsernährungsminister Schiele.

Im Genfer Sicherheitsausschuß brachte der finnische Delegierte Reich eine Reihe von Erwägungen über die Möglichkeiten des Völkerverbundes zur Schlichtung von Konflikten vor.

Am Rosenmontag kam es in München während des Fastnachtstreibens in der Kaufinger Straße durch Straßenpöbel zu heftigen Ausschreitungen.

Das Hochwasser im Kuban-Gebiet hat riesige Ausmaße angenommen. Die Eisenbahnlinien sind stellenweise unterbrochen, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte.

Gestern nacht wurde der Fernsprechverkehr zwischen Schweden und Amerika eröffnet.

Die Aussprache im Genfer Sicherheitsausschuss

Der Standpunkt des französischen, italienischen und finnlandischen Delegierten.

Genf, 22. Febr. Im Sicherheitsausschuss gaben gestern bei der Fortsetzung der Aussprache die Delegierten von Frankreich, Italien und Finnland Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen in der Sicherheitsfrage ab.

Paul Boncour entwickelte die bekannten französischen Thesen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Sicherheit.

Zwischen den europäischen Staaten, zwischen denen Konfliktsmöglichkeiten beständen. Das allgemeine Sicherheitsabkommen sei nach dem Scheitern des Genfer Protokolls vorläufig noch nicht zu erreichen.

Die Anregungen des deutschen Delegierten seien wertvoll. Große Bedeutung habe der Artikel 11 des Paktes, der dem Völkerbundsrat die Möglichkeit der Verhinderung eines Ausbruchs von Kriegen gewähre.

Der Locarnopakt müsse auch für andere Staatengruppen zur Anwendung gelangen, wo noch eine Sicherung des Friedens notwendig wäre.

Hauptaufgabe des Sicherheitsausschusses sei, die regionalen Verträge zu fördern und auszubauen. Das Memorandum Politis bilde einen Generalplan für die Durchführung dieses Gedankens.

Der finnlandische Delegierte brachte eine Reihe von Erwägungen über die Möglichkeiten des Völkerbundes zur Schlichtung von Konflikten vor.

Der finnlandische Delegierte erklärte hierzu, daß in der Stellungnahme der meisten Regierungen keine Schwierigkeit bestehen dürfte, eine derartige Konvention über die Verpflichtungen, nicht zum Angriffskrieg zu schreiten, international zur Annahme gelangen zu lassen.

Genf, 22. Febr. Entgegen Pressemeldungen, nach denen bei der Zerstörung der am Szent Gotthard beschlagnahmten Waffen ein Völkerbundsvertreter teilgenommen habe, wird gestern von unterrichteter Seite des Völkerbundssekretariats ausdrücklich erklärt, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspreche.

Keine Vernichtung der Szent-Gotthardwaffen?

Genf, 22. Febr. Entgegen Pressemeldungen, nach denen bei der Zerstörung der am Szent Gotthard beschlagnahmten Waffen ein Völkerbundsvertreter teilgenommen habe, wird gestern von unterrichteter Seite des Völkerbundssekretariats ausdrücklich erklärt, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspreche.

Die Unterredung Strefemann-Titulescu

Paris, 22. Febr. Wie aus Nizza gemeldet wird, fand am Montag nachmittags 5 Uhr eine Unterredung zwischen Dr. Strefemann und Titulescu in Cap Martin statt.

Fernsprechverkehr Schweden-Amerika

Stockholm, 22. Febr. Gestern nacht wurde der Fernsprechverkehr zwischen Schweden und Amerika eröffnet. Erzbischof Soederblom begrüßte die Schwedisch-Amerikaner und der schwedische Kronprinz tauschte mit Staatssekretär Kellogg in Washington Glückwünsche aus.

Die Steglitzer Schülertragedie vor Gericht

Berlin, 21. Febr. Zum gestrigen Verhandlungstag war der Andrang wieder außerordentlich stark. Der Vorsitzende eröffnete mit etwa einhalbstündiger Verpöpfung die Verhandlung und stellte die Nichtanwesenheit des Angeklagten fest.

Zwei unreife, moralisch defekte Primaner schmiedelten einen Plan, einen Dritten, auch moralisch defekten jungen Mann, ein beabsichtigtes Mordgenosse zu erschlagen und dann Selbstmord zu begehen. Der Plan kommt nur halb zur Ausführung. Das ist der Kern der Strafsache.

1. Verabredung zum Mord an Silde Scheller; 2. Mittäterschaft am Mord von Hans Stephan; 3. unerlaubtes Waffenbesitz.

Eine Verabredung mit Günther Scheller, die Silde zu erschlagen, habe ohne Zweifel vorgelegen. Das habe der Angeklagte offen zugestanden. Dieser Plan sei auch von beiden zu Papier gebracht worden.

wirklich die ernsthafte Absicht nachgewiesen werden kann, und es stehe auch fest, daß der Angeklagte dem Günther Scheller von der Ausführung der Tat abriet, aber er habe nichts getan, um die Tat zu verhindern.

die Freisprechung von der Anklage auf Verabredung zum Mord.

Die Anklage wegen Mittäterschaft am Mord habe er bereits fallen lassen. Es bleibe jedoch ein schweres Verbrechen bestehen. Der Angeklagte sei der Mittäterschaft am Totschlag schuldig.

Diese Tat sei nicht die Tat Günther Schellers allein, es sei die Tat Schellers und des Angeklagten. Er sei der Mittäterschaft, nicht nur der Gehilfe, einer, der seine Absicht verwirklicht sieht, der sein Ziel erreicht habe.

Die umfangreiche Beweisaufnahme habe über die Persönlichkeit des Angeklagten auch keine Umstände hervorgebracht, die dazu zwingen müßten, ihm die Tat nicht zuzutrauen. In diesem Augenblick betritt der Angeklagte den Saal in Begleitung des Arztes und der Krankenschwester den Saal. Die von den Lehrern bezugte Begabung und Intelligenz des Angeklagten gestatten, gerade erhöhte Anforderungen in bezug auf Verantwortungsbewußtsein, Pflichtgefühl und Selbstbeherrschung zu stellen.

sein Plädoyer mit der Frage: „Was ist Jugend? Er hat zu der Antwort: „Jugend ist Trunkenheit ohne Weisheit. Die Staatsanwaltschaft habe bei ihrer Anklage, wie bei der Beweisaufnahme, und noch mehr im Plädoyer, die Jugendtragedie rein juristisch aufgefaßt, damit werde man aber dem Fall nicht gerecht.

Hier müßten die Richter zunächst einmal Menschen sein und mit menschlichen Gefühlen ihre Entscheidung treffen, um dann als Juristen die rechtlichen Gründe für die Entscheidung zu finden. Die jetzt bestehende Anklage wegen gemeinschaftlichen Totschlages sei absolut unmöglich.

nichts weiter als jugendliche Remoniterei.

Paul Kranz sagt selbst, mit diesem Augenblick war alles für ihn vorbei und vorüber. Das Klingeln der Glocke rief ihn an der Tür beendete bei Kranz die finstere nächtliche Atmosphäre vom Alkoholrausch, Zigarettenqualm und Freuen. Alle Sachverständigen stimmten darin überein, daß auch Günther Scheller die Voraussetzungen des Paragraphen 51 zutreffen würden, dann aber müßten sie auch auf Paul Kranz zutreffen.

Sohr der Knecht

ROMAN von ARNO FRANZ

Da Herr Sohr nicht verheiratet ist, als Bächter aber eine Frau oder doch eine absolut zuverlässige Wirtschaftlerin haben muß, wenn er nicht, wie ich, betrogen und bescholten werden will, sicherte er sich meine derzeitige Mamiell, deren Dienstjahr am 30. September zu Ende geht.

„Das war auf dem Wege zu meinem Schwager nach Großsteinau, bei dem der Pachtvertrag unterzeichnet werden sollte. Wir waren zu Wagen. Ich ließ Herrn Sohr absichtlich den Umweg über Seeberg fahren, um noch Zeit zu finden, meinen Willen durchzusetzen. Der Erfolg war der, daß mir Herr Sohr die Zügel in die Hand drückte, auf die Pachtung verzichtete und mich mitten auf der Straße stehen ließ.“

„Na na, gnädige Frau,“ sagte der Vorsitzende und lächelte — aber Frau Kaden, die sich nicht beirren ließ, antwortete: „Für einen Sohr sind die Finkenschlager Damen keine Frauen.“

Scherzend erwiderte der Vorsitzende: „So? — Da wir nicht den Vorzug haben, die Finkenschlager Damen zu kennen, müssen wir uns auf Ihr Urteil verlassen. — Ich habe nun noch eine Frage, Frau Kaden, die ich Sie bitte, mir zu beantworten. Der Angeklagte hatte zunächst dem Brande tatenlos zugehört. Erst auf Ihre Veranlassung hin, ist er aus seiner Reserve herausgetreten. Ist dem so?“

„Wir haben nun den Angeklagten gefragt, was Sie ihm damals gesagt hätten. Auf diese Frage aber verweigerte er die Auskunft. Ihre Worte seien nur für ihn bestimmt gewesen.“

„Das waren sie auch. Sie können sie aber trotzdem hören. — Auf meine Vorhaltung, ob er das alles so ruhig mit ansehen könne, antwortete Herr Sohr, daß es nicht schade sei um die Baracke, wohl aber um die Seitengebäude. — Wenn man diese und das Herrenhaus retten wolle, müsse man den Mittelbau niederbrennen lassen, die Seitenflügel zu schützen suchen, nicht aber die Kräfte an unnützes und zweckloses Besitzen vergeuden. — Ich konnte mich der Richtigkeit seiner Ansicht nicht verschließen und machte darauf aufmerksam, daß das den Leuten gesagt werden müsse, worauf er bemerkte, er habe nichts zu sagen, das Recht stünde nur mir zu. — Ich bat ihn denn, dieses Recht anzunehmen und auszuüben, um mein Eigentum in seinen Händen zu wissen. Daraufhin griff er ein.“

Der Vorsitzende wendete sich an Staatsanwalt und Verteidiger: „Haben die Herren noch eine Frage?“

Beide sagten: „Danke.“

„Danke,“ sagte auch der Vorsitzende zu Frau Kaden und schloß die Zeugenvernehmung. —

Nach einer eingelegten kurzen Pause erteilte er dem Staatsanwalt das Wort.

feit des Verbrechens dar. Nach diesen einleitenden Worten, von denen die „fünfzehn Jahre Zuchthaus“ erschreckend wirkten, ging er dann die einzelnen Zeugenaussagen durch und zeichnete ein wenig erfreuliches Charakterbild des Angeklagten.

„Kann man,“ rief Böcker, „dem Angeklagten eine derartig schwere und verabscheuungswürdige Tat zutrauen? Das ist die Frage! — Nach meiner Ueberzeugung: Ja! Bergegenwärtigen wir uns sein Gebahren vor, während und nach der Tat — wir bekommen ein häßliches Bild. In seiner maßlosen Ueberhebung und grenzenlosen Eigenliebe achtete er vor kurzer Zeit nicht einmal den Ernst der Stunde, die doch gerade für ihn keine leichte sein dürfte. Wie er dem Herrn Vorsitzenden entgegentrat, haben wir alle gehört. — Wie hat er den Zeugen Böigt traktiert? Rückwärtslos zu Boden geschlagen hat er ihn. Er hat ihn um Stellung und Brot gebracht. — Wie hat er sich dem Gemeindevorsteher gegenüber betragen? Nichtachtend und ammaßend! Wie seiner Herrin gegenüber, die er auf offener Straße stehen ließ, weil seinem Willen nicht entsprochen werden konnte? — Und dann am Tage der Tat! Seine Briefstache wird gefunden, sein Feuerzeug! Er reklamiert es als das seine. Gestohlen sei es ihm worden, um von jenem großen Unbekannten am Tatorte niedergelegt zu werden. Eine Behauptung ohne jeden Beweis und eine plumpe Verdächtigung Dritter! Harmlosen Menschen gegenüber bekundet er Mut, aber eine Tat eingestehen, findet er keinen. Er bleibt am Erntedankfest zu Hause. Er hat nichts zu danken. Er arbeitet. Er schickt den einzigen Mitbewohner fort. Er geht spazieren. Niemand sieht ihn. — — — Meine Herren! An einem Sonntage, in einer Tausende von Heftaren großen Flur, auf kilometerlangen Wegen, am hellen lichten Tage sieht ihn niemand und begegnet ihm niemand. Kein Mensch vermag zu sagen, wo er war — von achtzehnhundert Einwohnern nicht einer. Niemand!“

„Ich!“

Wie aus Wolken klingt dieses Ich. Und noch einmal klang es: „Ich; — Ich kann es sagen.“ Hochaufgerichtet stand jene Dame in Schwarz, die diese Worte gesprochen, an der Brüstung des Zuschauerraumes.

„Wer sind Sie?“ rief ihr der Vorsitzende zu.

Da schlug sie den Schleier zurück.

habe sie nicht verhindert, weil er das seiner ganzen Natur nach nicht konnte. Man hat das Gefühl der moralischen Mitschuld. Nicht das aber aus, um für diesen jungen Menschen eine juristische Schuld festzustellen. Ich bin fest überzeugt: nein! Deshalb beantrage ich seine Freisprechung. In einer Replik erklärte der Staatsanwalt, die Ausführungen des Verteidigers hätten ihn in keiner Weise schwach gemacht. Er halte seinen Antrag fest aufrecht und wolle den Vorwurf zurück, daß das Gebäude der Anklage künstlich aufgebaut sei. Für die Milderungsgründe habe er seine Überzeugung mit sämtlichen Sachverständigen zum Ausdruck gebracht. Er müßte der Behauptung widersprechen, daß die Anklage auf Falschschlag unzulässig sei. Auch das Motiv der Eifersucht halte er aufrecht. In seinem letzten Wort erklärte der Angeklagte: Ich habe den Worten meines Verteidigers nichts hinzuzufügen. Ich habe das Gefühl, daß ich unschuldig bin. Nehmen Sie mir nicht die Möglichkeit, daß ich als Mann das antworten kann, was ich als Soldat moralisch gesagt habe. Das Gericht zieht sich hierauf zur Urteilsberatung zurück.

**Kranz freigesprochen!**

Punkt 17 Uhr wurde folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen §§ 1 und 3 Abs. 1 der Verordnung über den Waffenbesitz zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Im übrigen wird der Angeklagte freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt, soweit Verurteilung erfolgt ist, der Angeklagte, im übrigen die Staatskasse. Das Urteil wurde im Zuscherraum mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Die Berichterstattung im Kranz-Prozess**

Berlin, 22. Febr. Der Reichsverband der Deutschen Presse (Bezirksverband Berlin) hat sich am Montag abend in einer Mitgliederversammlung mit der Berichterstattung der Presse über den Kranz-Prozess beschäftigt. In drei Resolutionen wurden die aktuellen Fragen eingehend erörtert. Es sprachen Dr. Ernst Feder über die „Rechtstage“, Paul Schleginger (Sting) über die „Journalistische Aufgabe“ und Dr. Emil Dossat über die „Journalistische Verantwortung“. Einstimmig wurde dann die nachfolgende Entschließung angenommen:

„Der Bezirksverband Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich gegen alle Bestrebungen, die aus Anlaß der Gerichtsberichterstattung im Falle Kranz ein Ausnahmegericht gegen die Presse schaffen wollen. Es wird Sache der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse sein, auf Grund der in diesem Falle gemachten Erklärungen die Garantien dafür zu schaffen, daß nicht durch neue Strafgesetze, sondern durch das eigene Verantwortungsbewußtsein der Presse eine schädliche Gerichtsberichterstattung ausgeschlossen wird.“

**Legte Telegramme in Kürze.**

**Die weitere Behandlung der Sicherheitsfrage.**

Genf, 22. Febr. Im Laufe des gestrigen Nachmittags haben zwischen den maßgebenden Delegationen des Sicherheitsausschusses eingehende Verhandlungen über das weiter einschlagende Verhandlungsverfahren stattgefunden. Die Generaldebatte wird aller Wahrscheinlichkeit nach bereits heute oder Donnerstag zu Ende gehen, worauf dann in die Diskussion der einzelnen Vorschläge und Anregungen eingetreten werden wird. Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf werden folgende drei Punkte zur Einzelberatung gestellt werden:

1. Herstellung eines Vertragsschemas für einzelne und allgemeine Schiedsgerichts- und Vergleichsverträge.
2. Feststellung der vom Völkerbund zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen in Krisenlage.
3. Schaffung eines Schemas für regionale Sicherheitsabfälle.

Dieser Punkt dürfte ohne Zweifel im Mittelpunkt der kommenden Verhandlungen des Ausschusses stehen. Von französischer Seite wird gegenwärtig mit großem Nachdruck auf eine beschleunigte Herstellung eines Vertragstypus für die regionalen Sicherheitspakte gedrängt.

**Staatssekretär Simson und die Genfer Sicherheitskonferenz.**

Berlin, 22. Febr. Zu den vorgelegten Ausführungen des deutschen Staatssekretärs Simson in der Genfer Sicherheitskonferenz bemerkt man in Berliner politischen Kreisen, daß der deutsche Vertreter keineswegs neue Gesichtspunkte hervorgebracht, vielmehr die in dem bekannten deutschen Memorandum dargelegten Gesichtspunkte im einzelnen ausdifferenziert hat. Nach wie vor betont man hier die Notwendigkeit, daß alle Konflikte durch bestimmte Verfahren zu lösen sind. Desensibilisieren in irgendwelcher Form sind als dem Geiste des Völkerbundes widersprechend abzulehnen. Zur Verhütung des Krieges sind praktische Möglichkeiten durchaus gegeben. Wenn der deutsche Vertreter für Konfliktfälle die Erhaltung des militärischen Status quo Waffenstillstand auf Anraten des Völkerbundesrates und die Schaffung neutraler Zonen angeregt hat, so entspricht dieses durchaus dem Verfahren, das seinerzeit bereits im griechisch-jugoslawischen Konflikt erfolgreich angewandt worden ist. Was die Sicherheitsfrage im allgemeinen angeht, so steht man hier nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die wirksame Abrüstung der Nationen die beste Garantie für die Sicherheit ist.

**Ein Doppelmörder zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt**  
 Hamburg, 22. Febr. Der am 6. Juli vorigen Jahres wegen Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilte Kaufmann David Kastner aus Harburg, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

**Eine neue Jugendtragedie in Berlin.**

Abermals ist die Zahl der Jugendtragedien um einen rätselhaften Fall bereichert worden. In der letzten Wohnung in Berlin-Südende machte am Samstagabend der 17-jährige Karl Albrand seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Der junge Mann war in einem Berliner Betrieb als kaufmännischer Lehrling angestellt. Auch das Verhältnis zu den Eltern war denkbar gut. Am Samstagabend begaben sich die Eltern des jungen Mannes in ein Kino. Als sie nach der Vorstellung in die Wohnung zurückkehrten, fanden sie ihren Sohn in seinem Zimmer mit durchgeschossenem Brust auf. Er hatte sich mit dem Jagdgewehr seines Vaters einen Schuss in die Herzgegend beigebracht, der auf der Stelle tödlich gewesen sein muß. Auf der Tisch lag ein Bettel, in dem sich der jugendliche Selbstmörder in fünf Zeilen an seine Eltern wendet: „Es hat“, — so heißt es darin, — „so sein müssen. Fürcht nicht nach den Ursachen, die mir die Waffe in die Hand gedrückt haben!“ — Die Eltern können sich den Verzweiflungsschritt ihres Kindes nicht erklären und stehen vor einem Rätsel. Bisher ist es auch nicht gelungen, hinter die Motive dieser Jugendtragedie zu kommen.

**Baden.**

**Prälat Dr. Schofer über die „Krisis“ im Zentrum.**

Freiburg, 22. Febr. Prälat Dr. Schofer nimmt in einem Badischen Brief im Luzerner „Vaterland“ zu den schwebenden innerpolitischen Fragen in Deutschland Stellung. Im besonderen interessiert ist sein Urteil über die Schwierigkeiten im Zentrum. „Der tiefste Grund der Krisis“, sagt der Zentrumspartheiführer, „dürfte wohl in der Zeitkrönung liegen, die das Materielle allzulehr in den Vordergrund rückt und den alten christlich-sozialen Gedanken noch mehr den anderen, den der Volksgemeinschaft, stellenweise nicht mehr in volle Geltung kommen lassen will. Das Zentrum steht nun in dieser Welt und kann sich den Strömungen nicht in allem entziehen. So kommt es, daß das Gefühl der Benachteiligung heute bei diesem und morgen bei jenem Stand sich geltend macht. Da die Stände gut organisiert sind, macht sich der Unwille sehr rasch und sehr intensiv geltend. Der Führer in jedem Stande hat damit zu rechnen. Kommen dann noch wirkliche Fehler vor, dann ist es nicht mehr schwer, die erwachsenen Schwierigkeiten zu begreifen.“

**Verwaltungsvereinfachung in Klein- und Mittelstädten.**

Eine Verwaltungsvereinfachung von unten herauf ist dringend erwünscht. Sehr beachtenswerte Vorschläge macht besonders für die mittleren und kleineren Städte Bürgermeister Nobbe im „Reichsstadtebund“.

In zweierlei Hinsicht kann eine Verwaltungsvereinfachung eintreten, erstens im technischen Bürobetrieb, dann aber auch bei den Verwaltungsaufgaben selbst. Bei einer solchen Vereinfachung der Verwaltung ist nicht nur die Ersparnis öffentlicher Gelder — wie dies durch den Beamtenabbau geschehen sollte — zu werten, sondern ebenso stark die Verbesserung und Beschleunigung des Geschäftsganges. — Statt des Bürokratismus mehr kaufmännischer Geist!

Neben anderem, wie z. B. der Anschaffung der Zentralregistratur und der Tagebücher alias Journale, wird zur schnellsten Erledigung die Einführung der Kurzschrift im inneren Verkehr gefordert. Wie für den Publikumsverkehr die Schreibmaschine gebraucht wird, so sollte man im inneren Bürobetrieb die Arbeit durch Anwendung der Kurzschrift verringern.

Was gleichfalls sehr zur Arbeitsverminderung beitragen würde, ist eine Herabsetzung der Sitzungen von Verwaltungs- und Unterausschüssen. Die hierfür verwandte Zeit könnte viel besser praktisch ausgenutzt werden, indem man die in derartigen Sitzungen auszubehandelnden kleinen Verwaltungsangelegenheiten den betreffenden Beamten zur Erledigung und Entscheidung überläßt. Die Beamten selbst müssen mehr Ruhe und Zeit zur Erledigung ihrer Obliegenheiten haben. Das würde erreicht werden durch die geforderte Einschränkung der Sitzungen, sowie auch durch eine Beschränkung der Sprach- und Kassenstunden auf vier Stunden täglich.

**Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland.**

Ein Ueberblick über die Gestaltung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes in der ersten Februarhälfte ergibt noch eine weitere Steigerung der Unterstützungsempfänger (Arbeitslosenunterstützungsempfänger und Krisenunterstützungsempfänger als Ganzes genommen). Die Entwicklung ist in den Ländern uneinheitlich verlaufen; während die Zahlen in Baden in der Zeit vom 31. Januar 1928 bis 15. Februar 1928 von 37 433 auf 43 229 gestiegen sind, war die Zunahme in Württemberg einschließlich Hohenzollern, absolut, wie relativ betrachtet, wesentlich geringer: Steigerung von 22 692 auf 22 847. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger im besonderen allerdings ist in beiden Gebieten gestunken, und zwar in Baden von 7739 auf 6906, in Württemberg (einschließlich Hohenzollern) von 2808 auf 2664. In der zweiten Hälfte der erwähnten Berichtszeit machte sich nach den neuesten Beobachtungen — trotz Schwankungen in der Schlüsselinindustrie des Baugewerkes — da und dort ein geringfügiger Aufschwung bemerkbar.

**Aus Nah und Fern.**

**Nahermittwoch.**

Mit dem Faschingdienstag, an dem sich karnevalistische Lebensfreude und unbekümmerte Karrenluft nochmals in vollen Zügen austoben, bis um die mitternächtliche Stunde mit dem mehr oder minder feierlichen und lärmenden Begräbnis des Prinzen Karneval die ganze Gaudi ihren Abschluß findet, endet die tolle und tollende Faschnachtzeit. Ein bunter Karren und ein riesengroßer „Haring“, melancholische leere Gelbentel und nicht selten ein paar Pfandverschleier sind die einzigen Zeichen seiner Herrschaft, die der tolle Prinz seinen Jüngern hinterläßt. Wenigstens die einzigen sichtbaren, denn den „Moralischen“, den mancher in der Nahermittwoch hinüberträgt, pflegt man gewöhnlich hinter einer überlegenen unburdhringlichen Fassade zu verbergen.

Mit dem Nahermittwoch, der den wirbelnden Lärm der Faschingzeit zum Schweigen bringt und das Tor aufmacht in die stille Fastenwoche, kommt die Zeit, die wieder zur Abkehr von den Neugierigkeiten des Lebens, zur Erinnerung, zum Kreuz ruft. Der Nahermittwoch ist denn auch gebotener Fasttag, der allenthalben wie nicht leicht einer gehalten wird, so daß gerade an diesem Tage die Fischkost von jeher eine ungewöhnlich große Rolle spielt.

Nicht allen mag es leicht sein, aus dem leichtlebigen Uebermut der Karnevalszeit rasch den Uebergang in den Ernst und die Stille der vorüberlichen Fastenzeit zu finden. Wer aber wollte leugnen, daß dieser Uebermut nur tot?

\* Sinsheim, 22. Febr. (Fasching). Der Faschingdienstag gehört in der Hauptsache den Kleinen, von denen auch gestern vornehmlich die Straßen belebt waren. Modern wurden die Karren, auf Motorrädern fauchten sie umher in närrischem Puh, Pedale bewegten papierfarbene Käber. Sonst bot das Straßenbild nichts besonderes. Die alten Karren oder die närrischen Alten hüllten sich mehr in den Schutz der Maskenbälle, von denen der letzte gestern Abend die Mitglieder des Artilleriebundes St. Barbara im Löwenjahr vereinigte. Eine große Anzahl karnevalistischer Veranstaltungen fand hiermit ihren Abschluß. Auch in den Cafes und sonstigen Lokalen ging es noch einmal lebhaft zu und der Lebensrhythmus dieses letzten Maskenabends scheint nun am Schluß der Faschingsaison festiger gewesen zu sein, als in den zurückliegenden Wochen. Nun ist Schluß! Nahermittwoch, der Tag der Selbstbestimmung ist angebrochen und hat die ausgelassene Zeit abgelöst. Disziplin herrscht wieder und die ernste Arbeit kommt wieder zu ihrem Recht.

\* Sinsheim, 22. Febr. (Aus dem Kreisrat Heidelberg.) 1. Mit dem Bau einer Scheuer auf dem Gelände der Kreispflegeanstalt Sinsheim soll baldmöglichst begonnen werden. 2. Der Weidetrieb Hollmuth bei Neckargemünd wird anfangs Mai eröffnet. Die tägliche Vergütung für ein Stück Jungvieh beträgt 50 R. Pfg. Anmeldungen werden vom Kreisrat entgegengenommen. 3. Der frühere Mosbacher Kreisweg 8 auf der Strecke Schönbrunn—

Mosbrunn bis zur Einmündung in den Weg nach Hirschhorn soll ab 1. April 1928 vom Kreis unterhalten werden. 4. Folgende Beiträge werden bewilligt: a) dem Samariterhaus Heidelberg = 1000 R.Mk.; b) für Errichtung von Krüppelwerkstätten = 700 R.Mk. c) dem Bezirksbienenzuchtverein Sinsheim = 100 R.Mk. 5. Bezüglich der Kreisumlage für 1928/29 sollen die gleichen Vorauszahlungen wie im vergangenen Jahre erhoben werden.

\* Sinsheim, 21. Febr. (Aus dem Elsenzthal). Der Stand der Herbstsaaten war bis zum Eintritt der Regenperiode befriedigend. Die Saatsfelder haben die kalte Jahreszeit gut überstanden. Auch die Kälteperiode vor Weihnachten ging ohne merkliche Nachwirkungen vorüber. Leider scheinen nun die reichen Niederschlagsmengen die anfänglichen Hoffnungen zu trüben. In niederen Lagen und schwereren Böden steht das Wasser teilweise auf den Aeckern, was bei längerem Anhalten schädliche Wirkungen zeitigen wird. Mit einer gewissen Besorgnis verfolgt man den ungünstigen Verlauf des Wetters und rechnet damit, daß nach dem Einsetzen der Vegetation noch Kälterückschläge kommen werden. Dies wäre in Anbetracht der miffliden Wirtschaftslage unserer Landwirte bedauerlich. Vertraut man jedoch den Wetterregeln, so dürfen wir beruhigt in die Zukunft schauen, denn: „Geht Fastentienstag die Sonne hell auf, gerät die Frühlingsaat gut, merk auf!“

\* Sinsheim, 22. Febr. (Das Zeitungswesen als Schulfach.) In den Oberklassen dreier Gymnasien in Danemark wurde auf Verlangen der dänischen Lehrerschaft das Zeitungswesen verständig als Schulfach eingeführt. Seitdem werden nun zweimal wöchentlich stundenplanmäßige Tagesblätter gelesen. Die gelesenen Artikel sollen Anlaß zu Briefen der Schüler an die Verfasser und zu Aufsätzen sein. So nach dem Urteil, das die Lehrerschaft über das Ergebnis dieses Unterrichtes abgibt, wird es sich entscheiden, ob das Zeitungswesen als ordentliches Schulfach verbleibt oder nicht.

\* Sinsheim, 22. Febr. (Reichskredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues.) Die Bestimmungen über die Gewährung von Darlehen an Bauherren aus dem Reichskredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues vom 4. Juni bis 8. September 1926 sind entsprechend den Änderungen der in Betradt kommenden Reichsvorschriften vom Minister des Innern neu gefaßt und unterm 16. Februar 1928 im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Neue Mittel sind anlässlich der Änderungen der Reichsbestimmungen vom Reiche leider nicht zur Verfügung gestellt worden. Die neu gefaßten Bestimmungen können bei den Bürgermeisterämtern und Bezirksämtern eingesehen und von der Druckerei G. Braun, vormals G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag, G. m. b. H. in Karlsruhe bezogen werden.

\* Neckarbischofsheim, 20. Febr. (Holzpreise.) Die hiesige Gemeinde hat nun auch, nachdem die Holzaufbereitungsarbeiten beendet sind, mit der Versteigerung des Brennholzes begonnen. Bei der in diesen Tagen stattgehabten ersten Versteigerung wurden teilweise recht hohe Preise erzielt. Auch das zur Versteigerung gekommene Stammholz wurde zu guten Geboten abgegeben. Nun vergibt die Gemeinde das restliche Stammholz noch im Submissionswege und es findet die Versteigerung des übrigen Brennholzes in den nächsten Tagen statt. Das Bürgerholz wird, sobald die Vorbereitungen getroffen, auch zur Ausgabe gelangen.

\* Vargen, 21. Febr. (Fortschritt.) Wie man hört, soll ab 1. April l. Js. auf der Strecke Helmstadt, Vargen, Hüffenhardt, Siegelbach, Rappenu ein regelmäßiger Personenautoverkehr eingerichtet werden.

\* Eichelbach, 21. Febr. (Orgelweibe.) Am Sonntag nachmittag fand unter freudiger Anteilnahme der Gemeinde die Weihe unserer neuen Kirchenorgel statt. Ueber 30 Jahre lang hat unser gedrehtliches „Orgelweib“ seinen Dienst getan bei feierlichen und traurigen Anlässen. Jetzt hat die neue Orgel ihren Dienst angetreten und wird mit ihren Tönen Gott verherrlichen, den Gottesdienst verhöhn und die Gläubigen erheben. Unser Kirchenchor unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Kuhn bot sein Bestes zur Festfeier. Herr Hauptlehrer Hammel von Sinsheim zeigte die Tonart und den Charakter der einzelnen Register durch Vorführen einzelner Orgelstücke. Wohlvermerkt wurde die Anwesenheit der ganzen Lehrerschaft und des Gesamtgemeinderats mit dem Bürgermeister an der Spitze. Die kleine, 178 Seelen zählende Gemeinde freut sich über die Anschaffung des billigen und doch schönen Orgelwerks, dessen Tonfülle den Raumverhältnissen der Kapelle gut angepaßt ist. Die Hälfte der Kosten ist durch die Gemeindeglieder bereits gedeckt; dieselben haben ansehnliche Beiträge von insgesamt 1600 Mark auf sofort gezeichnet. Auch die zweite Hälfte hoffen wir bald abzahlen zu können.

\* Aus dem Amtsbezirk, 21. Febr. (Reichsbund der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands.) Der Vorstand des Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands (180 000 Mitglieder) tritt am 19. Februar in München im Haus der Gemeindebeamten zu einer Sitzung zusammen, in der wichtige kommunal- und beamtenpolitische Fragen zur Erörterung kommen. Auf der Tagesordnung steht eine Aussprache über die Befoldungsneuregulierung in den Ländern. Weiter wird sich der Vorstand mit der Verwaltungsreform beschäftigen.

\* Lobensfeld, 20. Febr. (Holzversteigerung.) Die in den letzten Tagen durch die Pfälzer katholische Kirchenschaffne Heidelberg abgehaltene Holzversteigerung ergab folgende Preise: ein Ster budesenes Prügelnholz 8—10 Mark, eignes Prügelnholz 7—8 Mark, budesenes Scheitholz 15—16 Mark., eigenes Scheitholz 13—15 Mark., 25 Stück Normalwellen 6—8 Mark. Der Anschlag wurde durchschnittlich erzielt.

\* Wiesloch, 20. Febr. (Grober Unfug.) Da bei der Straßenbahnhaltestelle „Bergwerk“ der Zulichtungsdrakt zum Streckensprecher schon wiederholt abgeschnitten wurde, ohne daß man den Täter ermitteln konnte, hat die Direktion der Straßenbahn auf die Namhaftmachung desselben eine Belohnung von 100 Rm. ausgesetzt.

\* Schatthausen, 20. Febr. (Ein Autounfall.) Am Sonntag nachmittag ereignete sich auf der Straße Gwangellood—Schatthausen ein Autounfall, der leicht schwere Folgen hätte haben können. Eine auf einer Luftfahrt sich befindliche Gesellschaft, bestehend aus vier Personen und einem Kinde, geriet mit ihrem Wagen in den Straßengraben, wobei der Wagenlenker versuchte, das Auto wieder bei einer Böschung auf die Straße zu bringen. Dabei bemerkte man aber den vor der Böschung laufenden tiefen Graben nicht und stürzte in denselben, wobei sich der Wagen überschlug. Es ist von Glück zu sagen, daß die von ihnen Sitzen herausgeschleuderten Personen keinen Schaden erlitten. Das Auto mußte zur Reparatur abgeschleppt werden.

\* Mannheim, 20. Febr. (Ein Selbsttötungsversuch.) Am Sonntag vormittag sprang ein 31 Jahre alter Eisendreher aus der Neckarstadt in den Abicht, sich das Leben zu nehmen, von der Jungbushöhebrücke auf das zurzeit von Hochwasser überschwemmte Neckarvorland. Passanten zogen ihn aus dem Wasser. Grund zur Tat soll ein Nervenleiden sein.

\* Mannheim, 22. Febr. (Selbsttötungsversuche.) Wohl infolge von Familienstreitigkeiten verurichte am Montagvormittag eine 27jährige Ehefrau in ihrer in der Oberstadt gelegenen Wohnung sich durch Erhängen das Leben zu nehmen. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg. — In Neckarau hielt gestern vormittag ein 27jähriger Gärtner seine Geliebte in seinem Zimmer fest. Als die Polizei, die von der

Schwester des Mädchens um Hilfe angegangen war, etn-

Mannheim, 22. Febr. (Verbrüht). Am 15. ds. Mts.

Mannheim, 22. Febr. (Zwei Arbeiter schwer ver-

Ludwigsbafen, 22. Febr. (Schwerer Motorradunfall).

Schwelzingen, 22. Febr. (Müßlicher Ueberfall.)

Karlsdorf bei Brudisal, 22. Febr. (Ein Raubakt.)

Karlsruhe, 22. Febr. (Veder Fastnachtstreiben.)

Karlsruhe, 22. Febr. (Ein Betrüger festgenommen).

Frankfurt a. M., 22. Febr. Am vorgestrigen Rosenmon-

Berlin, 22. Febr. Wie die Abendblätter aus Pittsburg

Köln, 22. Febr. Ein bisher noch unbekannter junger

Ein Schiffsunglück der Flieger-Schleife aus 200

München, 22. Febr. Auf dem Flugplatz in Schleife

Ueble Auswüchse des Rosenmontagtreibens in München.

München, 22. Febr. In der Nacht von Montag auf Dienst-

Hochwasser im Rubangebiet.

Kowno, 21. Febr. Aus Moskau wird gemeldet, daß das

40 Bergleute eingeschlossen.

Pittsburg, 21. Febr. In einem Kohlenbergwerk bei New-

Der Untergang der Norge.

Oslo, 21. Febr. Bei dem Untergang der Norge, die gestern

Radio-Programm

für Mittwoch, den 22. Februar 1928.

Königsberg (329). 20.10 Uhr: „Eine Wanderung durch die Spra-

München (535). 20.00 Uhr: Nürnberg: Kammermusik. 21.00

Stuttgart (379). 12.30 Uhr: Schallplattenkonzert. 15.00 Uhr:

Davenport (1600), London (361). 11.15 Uhr: Kurzer Gottesdien-

Paris (1750). 13.30 Uhr: Konzert. 16.45 Uhr: Konzert. 21.30 Uhr:

Wien (517). 20.30 Uhr: „Der Puppenpieler“ v. A. Schnig-

Zürich (588). 20.00 Uhr: Liederabend Gretel Bloch. 21.00 Uhr:

Prag (348). 22.20 Uhr: Uebertragung a. d. Narodni dum in

Radio-Vertrieb

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinsheim a. E.

Radio-Literatur, Programm-Zeitschriften: bei J. Doll, Buchhdlg., Sinsheim.

Bewunderung
erweckt der gut angezogene Herr bei seinen
Kollegen, die mit den gleichen Mitteln nie die
Vollkommenheit seines Anzuges erreichen. Er
scheut eben nicht den Weg nach Mannheim und
deckt seinen Bedarf bei
Gebrüder Manes
Mannheim P 4, 11-12

Neueste amtliche Kurse

Table with columns for various financial instruments and their prices, including bonds, stocks, and exchange rates.

Wetterbericht.

Karlsruhe, 21. Febr. Unter dem Einfluß eines über dem

Stamm-, Kuchholz- u. Stangenverfeinerung

Die Gemeinde Hoffenheim, Amt Sinsheim läßt

Advertisement for Haussmann G. m. b. H. featuring car models and prices.

Bienen-Honig

liefern ich Ihnen, welcher auf Reinheit und Güte von der

Lehrling

mit guter Schulbildung für

Strickmaschinen

bieten sicheren Verdienst.

Bekanntmachung.

Ich habe früher vom Jahre 1917

Emil Burger, Heidelberg

Uhrmacher u. Juwelier Sophienstr. 7 a 1. Etage

RHEINISCHE CREDITBANK

Advertisement for Rheinische Creditbank with details on services and interest rates.

Motorrad-Interessenten

Advertisement for Zeiss & Schwarzel motorcycles, listing models like Zündapp, Imperia, and Rudge.